

**Beschlussempfehlung
an die Stadtverordnetenversammlung**

22. April 2015
1 von 2

Beratungsstelle für Eltern mit behinderten Kindern

Antrag der Fraktion Kasseler Linke

- 101.17.1518 -

Berichtersteller/-in: Stadtverordnete Trinczek

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

Der Magistrat wird beauftragt eine Beratungsstelle einzurichten, in der Eltern von Kindern mit Behinderung eine ausführliche, gebündelte Beratung über Integrationsmaßnahmen bekommen.

- **Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne zum Antrag der Fraktion Kasseler Linke**

Beratungsstelle für Eltern von Kindern mit Behinderung

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt, **im Zusammenhang mit der Umsetzung der Inklusion zu prüfen, ob** eine Beratungsstelle (**Inklusionsbüro**), in der Eltern von Kindern mit Behinderung eine ausführliche, gebündelte Beratung über Integrationsmaßnahmen bekommen, **und eine Ombudsstelle zur Moderation von Konflikten, am Standort der Astrid-Lindgren-Schule, an der ein zentrales Beratungs- und Förderzentrum aufgebaut werden soll**, eingerichtet werden kann.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, CDU

Ablehnung: Kasseler Linke, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler

Enthaltung: --

den

Beschluss

2 von 2

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne zum Antrag der Fraktion Kasseler Linke betr. Beratungsstelle für Eltern mit behinderten Kindern, 101.17.1518, wird **zugestimmt**.

- **Durch gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne geänderter Antrag der Fraktion Kasseler Linke**

Beratungsstelle für Eltern von Kindern mit Behinderung

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt, **im Zusammenhang mit der Umsetzung der Inklusion zu prüfen, ob** eine Beratungsstelle (**Inklusionsbüro**), in der Eltern von Kindern mit Behinderung eine ausführliche, gebündelte Beratung über Integrationsmaßnahmen bekommen, **und eine Ombudsstelle zur Moderation von Konflikten, am Standort der Astrid-Lindgren-Schule, an der ein zentrales Beratungs- und Förderzentrum aufgebaut werden soll**, eingerichtet werden kann.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, CDU, Kasseler Linke,
Demokratie erneuern/Freie Wähler

Ablehnung: FDP

Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem durch gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne geänderten Antrag der Fraktion Kasseler Linke betr. Beratungsstelle für Eltern mit behinderten Kindern, 101.17.1518, wird **zugestimmt**.

Petra Friedrich
Vorsitzende

Cenk Yildiz
Schriftführer